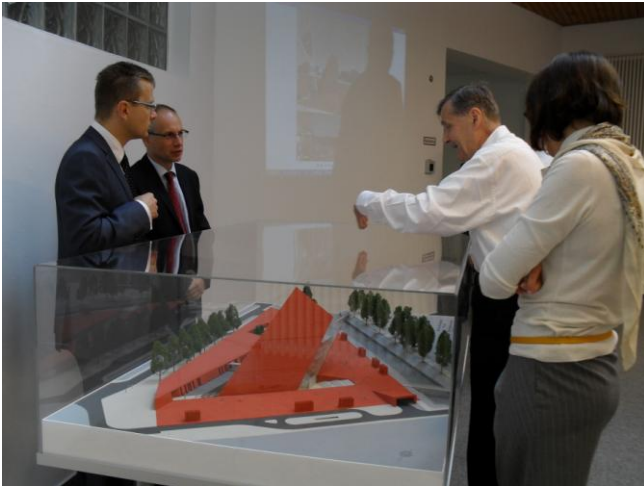


## Europa in Berlin

### Schwerpunkt EU-Ratspräsidentschaft der Republik Polen: Das Weltkriegsmuseum in Danzig/Gdańsk



„Ein Podium für den Dialog zu schaffen“, so Dr. Piotr Majewski (stellv. Direktor Weltkriegsmuseum Danzig/Gdańsk) – das sei das Ziel des künftigen Danziger Weltkriegsmuseums, das ab 2014 an den Zweiten Weltkrieg erinnern soll. Im Rahmen eines „Gesprächs am langen Tisch“ diskutierten Experten mit Bürgerinnen und Bürgern die Chancen, die in einem Museum an diesem symbolischen Ort stecken, an dem 1939 der Zweite Weltkrieg durch den deutschen Beschluss der Westerplatte seinen Anfang nahm. Mit dem Weltkriegsmuseum wird ein

sichtbares Zeichen des Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkrieges gesetzt, das sich auch direkt in der Architektur niederschlägt. Die Gewinner der Ausschreibung, das „Studio Architektoniczne Kwadrat“ aus Gdingen/Gdynia, haben eine expressive Formensprache gewählt, um das pädagogische Konzept des Museums nach außen zu transportieren. Dieses architektonische und didaktische Konzept wurde im Rahmen des deutsch-polnischen Kolloquiums diskutiert: „Die Pflicht, die Lehren der Vergangenheit festzuhalten und weiterzugeben, gilt nach wie vor“, so Andrzej Szyńska, Gesandter der Botschaft der Republik Polen.

Daneben stand auch die Frage einer gemeinsamen Erinnerungs- und Gedächtniskultur in Polen und Deutschland zur Diskussion. Der Umgang mit der gemeinsamen Geschichte ist im vereinten Europa eine wichtige Herausforderung, um den auch gegenwärtig wieder aufkommenden Populismen und Renationalisierungstendenzen in der Europäischen Union zu begegnen. Erinnerung ist der beste Weg, diesen Tendenzen vorzubeugen. Die Veranstaltung wurde gefördert durch die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung sowie die Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung erhalten Sie in Kürze auf unserer [Website](#).



## EU-Informationsstände

Auch im September veranstaltete das Europäische Informationszentrum in Kooperation mit dem Berliner Senat EU-Infostände. Dabei gab es erneut ein breites Angebot an Informationen, die zu kontroversen Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern – speziell zur Eurokrise – verleiteten. Einsicht, Verständnis, aber auch Standhaftigkeit der eigenen Meinung zeigten die aktuelle Bedeutung der Europapolitik jenseits akademischer Diskurse. Neben einem breiten Angebot an Broschüren und Flyern hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die EU mittels unseres Glücksrads und des Europaquiz´ auch spielerisch zu entdecken. Ob Spandauer Altstadtfest oder Lichtenberger Familientag, der mobile EU-Infostand war dabei und wird auch weiter auf Tour sein. Die aktuellen Termine finden Sie am Ende des Newsletters.

## Offizielle Nachrichten der Europäischen Union

### Erste Sitzung der Anti-Terrorgruppe der EU

Am zehnten Jahrestag der Anschläge des 11. September 2001 tagte zum ersten Mal die durch eine europaweite Initiative ins Leben gerufene Anti-Terrorgruppe der EU. Ein Zusammenschluss von Regierungsangehörigen, Akademikern, Sozialarbeitern und Vertretern der Religionen soll durch intensive Zusammenarbeit und regelmäßigen Informationsaustausch der Radikalisierungsgefahr durch Terrorgruppen im Inland entgegenwirken. Finanziert wird das Projekt, das zunächst auf 4 Jahre angesetzt ist, mit 20 Millionen Euro von der Europäischen Kommission. Hochrangige Vertreter der EU wie Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso begrüßten das Projekt, wiesen aber gleichzeitig auf die Signifikanz der voranschreitenden Demokratisierung innerhalb und außerhalb der europäischen Grenzen hin. Bei aller positiven Resonanz auch auf der internationalen Bühne zeigten sich einige Europaparlamentarier jedoch kritisch. Sie äußerten Bedenken über die einschneidenden Sicherheitsvorkehrungen der EU, die durchaus auch die persönlichen Freiheiten der Bürger einschränkten. Aus diesem Grund diskutiert zurzeit das Europäische Parlament über eine Evaluierung und Analyse der bisherigen Sicherheitsmaßnahmen.

→[Weiterlesen](#)

### Europäisches Parlament verabschiedet Vorschrift für transparenteren Energiemarkt

Der europäische Energiegroßhandel wird künftig neuen Regelungen unterliegen und durch eine unabhängige Instanz europaweit überwacht werden. Die „Regulation on Energy Market Integrity and Transparency“ (REMIT) geht gegen Praktiken vor, die gegen den Wettbewerb verstoßen, und schützt Verbraucher, die auf Grund von undurchsichtigen





Verträgen und manipulativen Abkommen um einen fairen Energiepreis betrogen wurden. Eine faire und transparente Preisgebung und somit erschwingliche Energie sei schließlich der Schlüssel zur Wirtschaft, so der Präsident des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek. Die sogenannte „Agency for the Cooperation of Energy Regulators“ (ACER), die den Markt überwachen soll, ist verpflichtet, nationale Instanzen zu konsultieren, deren Empfehlungen jedoch nicht bindend sind. Die Mitgliedsstaaten haben dann Zugriff auf die von ACER gesammelten Daten und können so gegen mögliche Verstöße vorgehen. Des Weiteren werden sich künftig Firmen, die in den europäischen Energiemarkt einsteigen wollen, in ein EU-Register eintragen müssen. REMIT soll nach den letzten formellen Schritten innerhalb der kommenden sechs Monate in Kraft treten.

→[Weiterlesen](#)

### **Europäische Kommission stockt humanitäre Hilfe für Pakistan und Jemen auf**

Nach den jüngsten Überflutungen in Pakistan hat die Europäische Kommission die humanitäre Hilfeleistung für die Flutopfer um 10 Millionen Euro aufgestockt. So soll die Gesundheitsversorgung gewährleistet sein und andere Hilfsgüter, wie Lebensmittel, Wasser und Zelte, sollen dorthin gelangen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Obwohl bislang 200 Todesopfer und 280.000 Flüchtlinge in 2.000 Flüchtlingslagern verzeichnet wurden, verwies Kristina Georgieva, die Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, auf die verheerenden und immer noch andauernden Folgen der Fluten des letzten Jahres, von denen Regierungsangaben zufolge 5 Millionen Menschen und 1,6 Millionen Morgen Land betroffen sind. Die EU koordiniere bereits die Hilfeleistungen mit der UN, so Georgieva. Laut aktuellen Zahlen beläuft sich die Gesamthilfe, die von der EU an Pakistan geleistet wird, auf 2,4 Milliarden Euro zwischen 2009-2013, was ca. 30% der jährlichen Hilfe für Pakistan umfasst. Die Europäische Kommission verweist jedoch ein weiteres Mal darauf, dass diese Hilfeleistungen an Konditionen geknüpft sind. So behält sich die Kommission vor, die finanziell unterstützten Projekte unabhängig zu kontrollieren und verlangt uneingeschränkten Zugang zu den Menschen, um effektive Hilfe zu garantieren.

Die Europäische Kommission erhöht außerdem die humanitäre Hilfe für den Jemen auf 5 Millionen Euro. Dadurch beläuft sich die Größe ihrer Hilfe für das Land auf 20 Millionen Euro für 2011. „Aber jetzt gibt es neue Herausforderungen, neue Bedürfnisse und neue leidende Menschen, und der Zugang für humanitäre Hilfe gibt weiterhin Anlass zur Sorge im ganzen Land“, sagte Kristalina Georgieva. „Die Belastung für die am stärksten Gefährdeten wird immer schwerer von Tag zu Tag.“ Dieser neuen Notfall-Finanzierung folgt im August eine eingehende Bewertung vor Ort, durchgeführt von ECHO-Experten, dem Dienst für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission. Die Mission beinhaltet einen wachsenden Bedarf an Nahrungsmittelhilfe für die vom Konflikt betroffene Bevölkerung im Süd-Jemen. Außerdem fokussiert sich die Hilfe auf die von Dürre,





Nahrungsmittelknappheit und Mangelernährung betroffene Bevölkerung.

Weiterlesen → [hier](#) und → [hier](#)

### **Europäische Wirtschaft stagniert im zweiten Halbjahr**

Neue Prognosen der Europäischen Kommission zeigen, dass die Schuldenkrise und die Unsicherheiten auf dem internationalen Finanzmarkt doch größere Auswirkungen zu haben scheinen als zunächst angenommen. So wird für die gesamte EU im zweiten Halbjahr nur ein Wachstum von 0,2% erwartet, während der Euroraum mit sogar nur 0,1-0,2% noch dahinter liegt. Der Auslöser dieser Entwicklung sei vor allem der Rückgang der EU-Exporte durch den geschwächten Welthandel. Aber auch das schwindende Vertrauen in den Markt, was unter anderem auch die Investitionskosten erhöht, habe hier eine negative Auswirkung. Des Weiteren zeigt der Bericht, dass die Inflation zwar weiterhin abnehme, aber sich noch stets auf mehr als 2% beläuft. Jedoch sieht die Gesamtaussicht nicht allzu düster aus: Im ersten Halbjahr erfuhren die EU und der Euroraum ein recht starkes Wachstum, was nun dazu führt, dass sich das Jahreswachstum bei rund 1,7% für die EU und bei 1,6% für den Euroraum einpendelt. Inwiefern diese Prognosen sich dann in der Realität auch so umsetzen, wird sich im nächsten Bericht der Kommission im November zeigen.

→ [Weiterlesen](#)

## **Die Europäische Union in den Medien**

### **Bundestag stimmt Erweiterung des Eurorettungsschirms EFSF zu**

Am 29. September hat der Bundestag nach langem Debattieren der Erweiterung des Eurorettungsschirms EFSF mit großer Mehrheit zugestimmt. 523 Ja-Stimmen standen nur 85-Nein Stimmen gegenüber, wovon 3 aus der FDP- und 10 aus der CDU/CSU-Fraktion kamen. Damit wird die Beteiligung Deutschlands am Rettungsschirm von 123 Milliarden auf 211 Milliarden Euro aufgestockt. Die Gesamtsumme beläuft sich damit auf 440 Milliarden Euro im Gegensatz zu den anfänglichen 240 Milliarden Euro. Außerdem wird das Parlament in Zukunft aktiv in die Entscheidungsfindung zu Eurohilfen mit eingebunden. Begleitet wurde die Abstimmung jedoch von heftigen Debatten. Peter Steinbrück (SPD) kritisierte, dass die Hilfe, die die Regierung ausgearbeitet hätte, ohne Richtung voranschreite. Benötigt würden jedoch mehrere Alternativpläne. Das fehlende Vertrauen der Bürger sei ebenfalls ein schwerwiegendes Problem. Des Weiteren entfachte die Schuldfrage eine hitzige Diskussion: Ist die SPD, in deren Regierungszeit Griechenland schließlich in die Eurozone aufgenommen wurde, Schuld an der Misere, oder ist die Krise doch auf das „Zaudern und Zögern“ von CDU und FDP zurückzuführen? Entscheidend ist nun jedenfalls erst einmal, dass der Regierung nicht nur ihre



Kanzlermehrheit bestätigt wurde, sondern auch den strauchelnden Euroländern unter die Arme gegriffen werden kann. Ob so das Vertrauen wiederhergestellt werden kann, bleibt abzuwarten.

→[Weiterlesen](#)

## China als Retter aus der Eurokrise?



Karikatur aus dem Tagesspiegel vom 14.09.2011

Die Volksrepublik China schreitet als Retter in der Not ein, garantiert die benötigten Milliarden und führt die Euroländer aus der Krise. Dieses Szenario wirft viele Fragen auf. Ein Europa von China finanziert – wären wir damit auf den Weg zu einem Europe Made in China, das sich von der Volksrepublik abhängig gemacht hat? Klar ist, dass China versucht, seine eigenen Interessen zu sichern. Die EU war im Jahr 2010 mit einer Abnahme von 282 Milliarden Euro schließlich der wichtigste Handelspartner. Und China könnte es sich finanziell durchaus leisten, dem Euromarkt eine umfangreiche Finanzspritze zu geben. Schon jetzt gewährt es griechischen Reedern, die einen Großteil der Welthandelsflotte ausmachen und Schiffe in China bauen lassen, einen Kredit in Milliardenhöhe.

Sollte sich diese Politik jedoch auf den gesamten Euroraum ausweiten, wäre auch bald die EU an China gebunden. Und natürlich kommen diese Kredite nicht ohne Gegenleistungen. China wartet noch stets auf den Status der Marktwirtschaft, der den Handel erheblich erleichtern würde. Auch das EU-Waffenembargo, das seit 1989 besteht, könnte ein Thema werden. So warnt Amnesty International, dass die Menschenrechtsfragen auf lange Sicht gesehen in den Hintergrund treten und von wirtschaftlichen Interessen übermannt werden.



Sind einige Euroländer erst finanziell mit China verbunden, könnte es auch noch schwieriger werden, einen Konsens unter den 27 Mitgliedsstaaten zu finden.

→[Weiterlesen](#)

### **Dänemark macht sich zum Außenseiter**

Die EU-Kommission sucht die Konfrontation mit den nationalen Regierungen: Brüssel will eigenmächtige Grenzkontrollen à la Dänemark im Schengen-Raum nicht mehr dulden, die Staaten sollen Brüssel künftig um Erlaubnis fragen. Deutschland und andere Länder kündigen Widerstand an. Trotz des Widerstands aus mehreren EU-Ländern hält die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström an ihrem umstrittenen Plan fest: Sie will den Schengen-Raum künftig stärker von Brüssel aus kontrollieren. „Wir brauchen eine europäische Herangehensweise, sagte sie am Freitag bei der Vorstellung ihres Reformentwurfs.

Die 25 Schengen-Staaten sollen laut dem Entwurf künftig nicht mehr eigenmächtig Grenzkontrollen einführen dürfen, wie es in diesem Jahr in Frankreich und Dänemark geschehen ist. Nur in akuten Notfällen wie etwa einem Terroranschlag dürften die nationalen Regierungen noch allein handeln. Bis zu fünf Tage lang könnten sie dann ihre Grenzen schließen. In allen anderen Fällen jedoch müsste zuerst die Zustimmung der EU-Kommission eingeholt werden. Diese würde eine Empfehlung aussprechen, die von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedsstaaten abgesegnet werden müsste. Malmström betonte, dass der Handlungsspielraum der nationalen Regierungen de facto nicht eingeschränkt würde. Keine einzige Grenzkontrolle nach Notfällen habe in den vergangenen fünf Jahren länger als fünf Tage gedauert, sagte sie.

→[Weiterlesen](#)

### **Der Papst spricht über Europa**

Während seines Staatsbesuchs bei Bundeskanzlerin Angela Merkel lenkte der Papst Benedikt XVI. das Thema auch auf Europa. Merkel betonte, Benedikt XVI. sei an Europa und der Krise sehr interessiert gewesen. So verwies sie in dem Gespräch darauf, dass die europäische Einigung für Deutschland unverzichtbar und ein wichtiger Baustein der Freiheit sei. Der Pontifex lobte in diesem Zusammenhang Deutschlands Rolle in der Bewältigung der Krise und mahnte zusammen mit der Kanzlerin, dass die Politik die Verpflichtung habe, „für die Menschen zu gestalten und nicht getrieben zu sein“. Dies sei jedoch in der globalisierten Welt nicht immer so einfach, so Merkel.

→[Weiterlesen](#)





## Europapolitische Veranstaltungen in Berlin

### Frauenbewegung in Polen

- Termin: Donnerstag, 13.10.2011, 18:00 - 20:00 Uhr
- Ort: August Bebel Institut, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- Veranstalter: August Bebel Institut, in Kooperation mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin e.V.

→[Weiterlesen](#)

### Zweite Internationale Konferenz: Migration neu denken: Klimawandel, Ressourcenkonflikte und Migrations-/Flüchtlingspolitik in Europa

Die Konferenz beleuchtet Ursachen, Folgen und Lösungsansätze im Umgang mit Migration/Flucht und Klima in drei Teilen:

**Teil I:** FRAMING der Debatten zur Thematik

**Teil II:** Regionale Erscheinungsformen, gesellschaftspolitische Folgen von Migration und die Migrationskontrolle der EU

**Teil III:** Politische Lösungsansätze

- Termin: 13.10. - 14.10. 2011
- Ort: Mendelssohn-Remise, Jägerstraße 51, 10117 Berlin
- Veranstalter: Netzwerk Migration in Europa e.V. in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen, Profilverbund Migremus, Institut für Geographie und der Bundeszentrale für politische Bildung

→[Weiterlesen](#)

### Fünftes Berliner Europa-Forum: Bezirk Pankow

Bürgermeister Klaus Wowereit lädt zum fünften Europa-Forum ins Berliner Rathaus, um mit Bürgern und anderen geladenen Gästen über die Zukunft Europas zu debattieren.

- Termin: Freitag und Samstag, 21.10.2011 - 22.10.2011
- Ort: Berliner Rathaus, Rathausstraße 15, 10178 Berlin
- Veranstalter: Die Berliner Europabeauftragte in Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin

→[Weiterlesen](#)

**Weitere Termine finden Sie unter:**

[www.berlin.de/europakalender](http://www.berlin.de/europakalender)

[www.europatermine.de](http://www.europatermine.de)





## Veranstaltungen des Europäischen Informationszentrums Berlin

### **„Europa vor Ort“: Open-Air-Ausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer**

Dank der 50-prozentigen Förderung aus den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) informiert die Open-Air-Ausstellung über die Ereignisse an den Grenzanlagen während der deutsch-deutschen Teilung. Während dieser Veranstaltung wird über die Frage „Was tut die Europäische Union für unsere Region?“ diskutiert.

Termin: 30.09.2011, 15:00 - 17:30 Uhr

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer (Dokumentationszentrum), Bernauer Straße 111, 13355 Berlin

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V. im Auftrag der Aktion Europa

→ [Weiterlesen](#)

### **EU-Infostände**

Termin: 08./09.10.2011, 10:00 - 18:00 Uhr

Ort: Herbstfest Preußenallee

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V. / EIZ Berlin, gefördert durch den Berliner Senat

Termin: 28.10.2011, 13:00 - 21:00 Uhr, und 30.10.2011, 11:00 - 19:00 Uhr

Ort: Winzerfest in Pankow; Marktplatz Breite Straße, 13187 Berlin-Pankow

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V. / EIZ Berlin, gefördert durch den Berliner Senat

### **Wanderausstellung: „Den Blick gegen das Vergessen gerichtet“**

Termin: 04.10. - 07.10.2011 (Eröffnungsveranstaltung: 04.10.2011 ab 10:30 Uhr)

Ort: Léon-Foucault-Gymnasium, Straße des Friedens 25/26, 02977 Hoyerswerda (Anfahrt über Bonhoefferstraße)

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V., gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Termin: 18.10. - 21.10.2011 (Eröffnungsveranstaltung: 18.10.2011 ab 10:00 Uhr)

Ort: Droste-Hülshoff-Schule (Gymnasium), Schönower Straße 8, 14165 Berlin

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V., gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Termin: 11.10. - 14.10.2011 (Eröffnungsveranstaltung: 11.10.2011 ab 10:00 Uhr)

Ort: Ulrichgymnasium Norden, Norddeicher Straße 2-3, 26506 Norden

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V., gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Europäisches Informationszentrum Berlin  
Newsletter Ausgabe 09/2011



Wenn Sie Fragen haben oder Informationsmaterial über die Europäische Union benötigen, möchten wir Sie herzlich einladen, uns persönlich, telefonisch oder per Email zu kontaktieren.

Deutsche Gesellschaft e.V.  
Europäisches Informationszentrum Berlin  
- Europe Direct Network -

Voßstraße 22  
D-10117 Berlin

Tel. +49 (0)30-88 412 211  
Fax +49 (0)30-88 412 223

[info@eu-infozentrum-berlin.de](mailto:info@eu-infozentrum-berlin.de)  
<http://www.eu-infozentrum-berlin.de>



Europäisches Informationszentrum Berlin  
Newsletter Ausgabe 09/2011